

Bericht
des Haushaltsausschusses
(13. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung
über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines
Gesetzes über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung
(Volkszählungsgesetz 1970)
— Drucksachen V/3616, V/3823 —

Bericht des Abgeordneten Bremer

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung vom 7. Februar 1969 den Gesetzentwurf — Drucksache V/3616 — in der Fassung des federführenden Innenausschusses — Drucksache V/3823 — als Finanzvorlage gemäß § 96 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages behandelt.

Der Haushaltsausschuß hat festgestellt, daß der Gesetzentwurf in den Jahren 1969 bis 1972 Kosten von insgesamt 152 200 000 DM verursachen wird, von denen der Bund eigene Verwaltungskosten in Höhe von 18 500 000 DM und 79 100 000 DM Finanzzuweisungen an die Länder zu tragen hat. Die finanziellen Auswirkungen für den Bund werden im Haushaltsplan 1969 und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Der Haushaltsausschuß sieht somit die Vorlage als mit der Haushaltslage vereinbar an.

Bonn, den 7. Februar 1969

Der Haushaltsausschuß

Schoettle	Bremer
Vorsitzender	Berichterstatte